

Verhandlungen sind eine Notwendigkeit

Ex-Kriegsreporter: „In Deutschland herrscht unsägliche Kriegsrhetorik“, FR-Magazin vom 20. April

Saubere Rhetorik gegen schmutzige Propaganda

Waffen oder nicht? Das ist längst nur noch eine rhetorische Frage. Ebenso könnte man fragen: Essen oder nicht? Möglicherweise heißt das nämlich: Erst die Waffen – und dann die Moral! Und da es sich bei den Waffenlieferungen um eine moralische Pflicht handelt, wie es heißt, werden die Waffen selbst zur Moral. Über eine weitere Moral kann man vielleicht später reden.

Rhetorik scheint unverdächtig und eine saubere Sache. Putins Propaganda dagegen eine schmutzige. Mit Realität aber sollte man beides nicht verwechseln. Und hier vermischen sich leider die Unterschiede. Danke also nicht nur für Kromschröders klare Worte zur Kriegsrhetorik, sondern auch für seine entschiedene Kritik daran, Putin mit Hitler zu vergleichen. Wenn Teile im Westen dies oder Ähnliches tun und denken, zeigen sie, dass sie an Verhandlungen kein echtes Interesse haben. Verhandlungen

zur Beendigung des Kriegs, um die Menschen vor Schlimmerem zu bewahren, sind aber keine spekulative Option sondern eine absolute Notwendigkeit.

Werner Schieferstein, Frankfurt

Frühes Engagement für Aufarbeitung

Mit großer Zustimmung habe ich die Ausführungen des Interviewten zur gegenwärtigen „unsäglichen Kriegsrhetorik“ gelesen! Sehr berührt hat mich auch sein frühes Engagement zur Aufarbeitung dessen, was in den ehemaligen emsländischen KZ-Lagern geschehen ist. Deshalb wird Herrn Kromschröder wohl auch eine Eingabe interessieren, die ich kürzlich an die Synode der Landeskirche Hannovers eingereicht habe, sich von einem hochrangigen Kirchenmann zu distanzieren, dem ehemaligen Leiter der Diakonenausbildung im Stephanstift in Hannover, der 1934 auf Anfrage Diakone als Wachmänner in die emsländischen KZ „hocherfreut“ entsand-

te. 1948 wurde ihm die theologische Ehrendoktorwürde verliehen. Hartwig Hohnsbein, Göttingen

Aus Frust habe ich wieder Tolstoi gelesen

Danke für das Interview mit dem Satiriker und Ex-Kriegsreporter Gerhard Kromschröder. Und das nicht nur, weil er seine Karriere als Lokalreporter im Emsland begonnen hat. Nein, wie er bin ich über die „unsägliche Kriegsrhetorik“ erschüttert, die seit Beginn des Krieges in der Ukraine in Deutschland herrscht. Über dreißig Jahre lang haben wir bei Pax Christi und den „Ordensleuten für den Frieden“ gegen Rüstungsexporte gekämpft. Von heute auf morgen werden wir als naiv und putinfreundlich hingestellt. Eine Mitschuld gebe ich dabei auch der einseitigen Berichterstattung unserer Medien. Aus lauter Frust habe ich mal wieder Dostojewskis „Schuld und Sühne“ und Tolstois „Anna Karenina“ gelesen.

Gregor Böckermann, Neu-Isenburg

Persönliche Karriere geht vor Gemeinwohl

Stimmen zu Schwarz-Rot in Berlin: „Die CDU lässt sich die Koalition was kosten“, FR-Politik vom 25. April

Wer SPD wählt, kriegt CDU

Der Mitgliederentscheid der Berliner SPD zeigt: Wer SPD wählt, kann sich nicht sicher sein, tatsächlich für sozialdemokratische Ziele votiert zu haben. Man kann indirekt auch den rechtskonservativen Flügel der CDU ohne Not in die Regierung hieven. Es bedarf dazu lediglich einer egozentrischen Politikerin, die ihre persönliche Karriere über das Gemeinwohl stellt und in der Vergangenheit selbst vor geistigem Diebstahl nicht zurückschreckte. Da stellt sich die Frage nach dem Selbstverständnis einer Partei.

Ein Blick vom Roten Rathaus ins Bundeskanzleramt bestätigt diesen Eindruck. Dort lässt ein SPD-Kanzler, dessen Überzeugungen man nicht kennt, einem Koalitionspartner, der FDP, freie

Hand bei der Durchsetzung von Profitinteressen jener Wirtschaftszweige, die den überfälligen Wandel in Verkehr und Energie verschlafen haben. Stattdessen aber in Betrugssoftware investierten, um möglichst lange mit veralteter Technik viel Geld verdienen zu können.

Und vor meiner Haustür, im Frankfurter Römer, wird in Kürze ein SPD-Oberbürgermeister sein Amt antreten, der sich an der Abwahlkampagne gegen seinen Vorgänger beteiligte, der es an Rechtsstaatlichkeit mangelte (z.B. Verstoß gegen Artikel 6, Absatz 2 der EU-Menschenrechtskonvention, die einen fairen Prozess und die Unschuldsvermutung bis zu einem rechtskräftigen Urteil garantiert), die Falschbehauptungen verbreitete und sogar von antisemitischen Parolen durchsetzt war. Man

fragt sich außerdem, wie der neue OB sein Wahlversprechen, den Bau von bezahlbaren Wohnungen, durchsetzen will, wenn ein Finanzier der Kampagne als typischer Immobilienspekulant gilt. Klaus Philipp Mertens, Frankfurt

Es geht nicht um das Beste für die ganze Stadt

Regieren in Berlin geht immer, denn der Wille dazu von SPD und CDU macht jeden Kompromiss möglich. Nicht das Beste für die ganze Stadt, für alle Wählerinnen etwas zu erreichen, ist das eigentliche Ziel, sondern der persönliche Ehrgeiz weiterzumachen. Ein so gutes Wahlergebnis für die CDU war nur möglich, weil die anderen nicht fähig waren, gute Politik in konkretes Handeln umzusetzen. Thomas Bartsch Hauschild, Hamburg

Da bleibt nichts zum Vererben übrig

Zur: „Die Pflegereform kommt“ und „Koalitionsstreit auch über Pflege“, FR-Wirtschaft vom 6. und -Politik vom 27. April

Sie beschreiben detailliert die gegenwärtige finanzielle Situation pflegebedürftiger Menschen und die möglichen geringen Entlastungen, die der aktuelle Reformvorschlag Lauterbachs Pflichtversicherten brächte, würde er vom Bundestag verabschiedet werden. Im beschriebenen Rechenbeispiel beläuft sich der monatliche Eigenanteil einer pflegebedürftigen Person nach 36 Monaten auf 1898,50 Euro! Laut Statistik der Deutschen Rentenversicherung erhielten männliche Rentner in den alten Bundesländern 2021 eine Rente von durchschnittlich 1179 Euro, Rentnerinnen lagen dort bei 741 Euro! Das bedeutet,

dass sich auch nach einer möglichen Reform der Pflegeversicherung die Altersarmut für Pflegebedürftige nicht nur fortsetzt, sondern wie in der Vergangenheit das ersparte „Vermögen“ bis auf einen Restwert von 5000 Euro aufgebraucht wird. Zu vererben bleibt und bliebe nichts, wenn der/die Rentner*in über viele Jahre in den Genuss eines Heimaufenthaltes kommt.

Betrifft dieses Schicksal alle pflegebedürftigen Menschen gleichermaßen? Nein, denn wer das Glück hatte, Beamt*in gewesen zu sein und nun als Pensionär*in beihilferechtigt ist, befindet sich in einer privilegierten Situa-

tion. Nach 36 Monaten in stationärer Pflege übernehmen Land, Kommune, Bund 70 Prozent der Pflegekosten als Beihilfe!

Dass ausgerechnet die Menschen, die in der Regel nie auch nur einen Euro Sozialabgaben zahlen mussten, und deren Pensionen im Schnitt wesentlich höher sind als die Renten, den Löwenanteil der Pflegekosten aus Steuergeldern subventioniert bekommen, ist und bleibt ein Skandal. Der anachronistische Beamtenstatus gehört abgeschafft! Stattdessen sollte die Pflege für alle bedürftigen Menschen vollständig steuerfinanziert sein. Jürgen Dolata, Gütersloh



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums sind auch online veröffentlicht: im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20230503

FR ERLEBEN

Karin Dalka und Friederike Meier moderieren eine Diskussionsveranstaltung von FR und Karl-Gerold-Stiftung: „Schafft Deutschland die Klimawende?“ Auf dem Podium: Claudia Kemfert (Energie-Ökonomin), Tarek Al-Wazir (stellv. Hessischer Ministerpräsident), Konrad Stockmeier (MdB FDP), Annika Rittmann („Fridays for Future“). Livestream: FR.de/eventvideo
Freitag, 5. Mai, 19 Uhr
Historisches Museum, Saalhof 1, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit Christiane Benner, stellvertretende Bundesvorsitzende der IG Metall, über den ökologischen Umbau der Industrie, **Montag, 8. Mai, 19 Uhr**
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Karsten Essen hält den Einführungsvortrag zum Film „Der Pianist“ in der Reihe „Erkundungen des Humanen. Roman Polanski zum 90. Geburtstag“ der Filmgalerie Münster. Anschließend Diskussion mit dem Publikum. Eintritt: fünf Euro
Dienstag, 9. Mai, 19.30 Uhr
Auditorium, LWL-Museum für Kunst und Kultur, Domplatz 10, Münster

Der Stillstand war prägend

Orden der Bundesrepublik: „Merkel muss Lob ertragen“, FR-Politik v. 18.4.

Keine Frage, die Last dieses Amtes so lange Zeit zu tragen, ist bewundernswert. Außer Zweifel ist auch Merkels Integrität. Für ihre Partei hat sie lange Jahre die Macht gesichert. Aber reicht dies für den höchsten deutschen Verdienstorden, der bisher nur zweimal vergeben wurde? Wo sind die außerordentlichen politischen Leistungen?

Positiv ist das klare Auftreten zusammen mit Finanzminister Steinbrück zu Beginn der Finanzkrise zu nennen. Ansonsten? Beim existenziellen Thema des Klimaschutzes musste sie als Physikerin und frühere Umweltministerin von jungen Menschen zum Jagen getragen werden. Nicht einmal nach dem Abgas-skandal kam es zum notwendigen Tempolimit. Die Atom- und Energiepolitik, ein reiner Zick-Zack-Kurs, teils überstürzt und ohne politischen Diskurs. Keine kluge, vorausschauende Politik gegenüber Russland und China, mit der Folge von riskanten Abhängigkeiten. Ein grundlegendes Versagen in der Flüchtlingspolitik. Dadurch Fördern einer rechtsradikalen Partei. Es sind nicht nur Bundesbahn und Bundeswehr, die sich nach Merkels Kanzlerschaft in einem fragwürdigen Zustand präsentieren. Wo waren Ideen und Initiativen z. B. in Sachen Wohnungsnot und Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich? Entscheidender Fortschritt bei der Digitalisierung – Fehlanzeige.

16 Jahre wären eine lange Zeit gewesen, das Land voranzubringen. Wo sind die Leuchtturmprojekte dieser langen Regierungszeit? War nicht Stillstand und ein Nicht-Angehen der Probleme prägend für diese Zeit? Nein, eine Rechtfertigung für diese höchste Auszeichnung kann nicht gesehen werden.

Hubert Enke, Flörsheim

Es geht nicht ohne Beton

Erwiderung auf „Kernkraft ist nicht CO2-frei“, FR-Forum vom 19. April

Auf den Leserbrief von Annegret Benz, die meinte, dass beim Bau von Atomkraftanlagen „Unmengen CO₂ freigesetzt“ würden, „weil man dafür sehr viel Beton benötigt“, möchte ich antworten, dass auch Windkraftträder nicht ohne Beton auskommen. Pro Windrad werden rund 1300 Kubikmeter Beton und 180 Tonnen Stahl verbaut. Bei etwa 30000 vorhandenen Windrädern sind das aufgerundet 40 Millionen Kubikmeter Beton. Bei einem mittleren Atomkraftwerk werden rund 60000 Kubikmeter Beton verbaut. Das entspricht ungefähr 46 Windrädern. Um ein Atomkraftwerk zu ersetzen geht man (je nach Größe des Kraftwerkes) von 1300 bis 3200 Windrädern aus. Walter Marhenke, Partenheim

Diskussion: frblog.de/atomausstieg-2